

Ausgabe Nr. Mi 07/19 | Düsseldorf, 28. März 2019 | 38. Jahrgang | ISSN 1431-3294

Der Koalitionsausschuss hat die Bildung eines Klimakabinetts beschlossen, das die Einhaltung der Klimaziele der Bundesregierung gewährleisten soll. Mi kommt ohne Sonderkabinette aus, um die eigenen Vorgaben zu erfüllen, auch bei diesen Themen: ■ Ist der Bundesregierung die wirksame Verkündung ihrer Gesetze egal? ■ SPD unterstützt Pläne zur Verbesserung der Arbeitssituation der Paketboten ■ Verwaltungsgericht Düsseldorf legt Zahlen zu Asylverfahren offen ■ Thielenhaus kommentiert 'Blindflug' der Bundesregierung. Doch zunächst, sehr geehrte Damen und Herren, stellen wir Ihnen unsere neue Arbeitshilfe zur Umsetzung steuerfreier Lohnbestandteile vor:

## Neuer 'mi'-Ratgeber zu steuerfreien Arbeitgeberleistungen

Eine Kernforderung des deutschen Handwerks, die sicher auch von anderen geteilt wird, lautet: Mehr Netto vom Brutto. Sie erklärt sich aus den sehr hohen Sozial- und Steuerabgaben, die auf der Lohnzahlung lasten. Hohe Bruttolöhne schmelzen deshalb wie der Schnee in der Sonne. Gegen dieses generelle Abgabenproblem kann 'markt intern' wenig ausrichten. Hier ist der Gesetzgeber gefragt. Was wir aber tun können, ist, Sie als Arbeitgeber darüber zu informieren, was Sie Ihren Beschäftigten steuer- und meist auch sozialversicherungsfrei zuwenden können.

Sofern Sie dieses Wissen nutzen und Ihren Mitarbeitern steuerfreien statt steuerpflichtigen Arbeitslohn zahlen, verschaffen Sie denen nicht nur einen doppelten Vorteil (und oft einen doppelten Motivationsschub), sondern ersparen auch sich selbst Lohnaufwand. Wollen Sie in diesem Bereich optimal aufgestellt sein, darf die Frage, welche Befreiungen Sie nutzen können, nicht erst von Ihrem Lohnbüro bei der Lohnsteuerabrechnung geprüft werden. Gezielte Überlegungen sollten Sie stattdessen bereits bei der Abfassung der Arbeitsverträge, bei Betriebsvereinbarungen und anderen Maßnahmen der Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse vornehmen.

Denn nur so können Sie vermeiden, dass für beide Seiten unnötige Belastungen entstehen, weil das Finanzamt eine mögliche Befreiung wegen rein formaler Verstöße oder fehlender Nachweise versagt.

Um Ihnen den Überblick zu erleichtern, was Sie mit wem wie vereinbaren können, haben wir im neuen 'mi'-Ratgeber die aus unserer Sicht wichtigsten Steuerbefreiungen in alphabetischer Reihenfolge – von A wie Abfindungen bis Z wie Zinersparnisse – für Sie aufbereitet. Ergänzt werden die auch für Laien verständlich geschriebenen Erläuterungen durch Schaubilder und zahlreiche Praxishinweise, die in den Veröffentlichungen der Finanzverwaltung für gewöhnlich nicht enthalten sind. Als 'markt intern'-Abonnent erhalten Sie die Broschüre im Rahmen Ihres Abonnements als PDF-Datei kostenfrei. Außerdem haben Sie die Möglichkeit, den Ratgeber in gedruckter Form kostenpflichtig (mit 20 Prozent Preisvorteil für Abonnenten und günstigen Staffelpreisen) zu erwerben. Beide Bestellmöglichkeiten sowie eine Übersicht aller weiterhin aktuellen und für Sie nützlichen Ratgeber finden Sie unter [www.markt-intern.de/angebote/ratgeber/](http://www.markt-intern.de/angebote/ratgeber/).



## Kann Amazon den Bundesanzeiger kaufen?

Ende Februar berichtete das Fachmagazin 'Horizont' über Pläne des Kölner Verlagshauses **DuMont Schauberg**, sich von seinen sämtlichen Zeitungstiteln trennen zu wollen, um sich auf zwei Geschäftsbereiche zu konzentrieren: Marketing Technology und Business Information. Zu Letzterem gehört der Bundesanzeigerverlag. Wer mit der Materie nicht vertraut ist, mag sich darüber zunächst wundern. Das Verlegen einer amtlichen Publikation soll erfolgreicher sein als

das Verlegen von Tageszeitungen? Okay, Tages- und Wochenzeitungen durchleben seit Längerem schwere Zeiten. Die klassische Abonnentenstruktur bricht weg und neue ertragreiche Formen des digitalen Journalismus sind rar gesät. Der Axel Springer Verlag löst das Problem über Einnahmen möglichst reichweitenstarker Plattformen, die er betreibt. Diese Erträge aus Bereichen, die mit dem ursprünglichen Geschäftsmodell nichts zu tun haben, subventionieren die auch

Ihr direkter Draht zur Redaktion Mittelstand: +49 (0) 211 6698-129

■ Fax: +49 (0) 211 6698-333 ■ E-Mail: [mittelstand@markt-intern.de](mailto:mittelstand@markt-intern.de) ■ [www.markt-intern.de/mittelstand](http://www.markt-intern.de/mittelstand)

bei Springer defizitären Zeitungen. Doch der Bundesanzeigerverlag ist, obwohl der Name es nicht vermuten lässt, tatsächlich mindestens so ertragreich wie Immobilienvermittlung- und Fahrdienst-Plattformen. Den eigenen 'Goldesel' hat DuMont Schauberg bereits vor mehr als zehn Jahren im Wege der Privatisierung des Bundesanzeigerverlages erhalten. 1998 hat der Bund zunächst die Hälfte seiner Mehrheitsbeteiligung abgegeben, 2006 dann die restlichen Anteile. Der Name Bundesanzeigerverlag klingt zwar wie ein staatliches Unternehmen, dort werden auch öffentliche Register geführt und das Bundesgesetzblatt verlegt, er ist aber tatsächlich ein rein privates Unternehmen.

Wie es dazu gekommen ist, wollte der Bundestagsabgeordnete Dr. **Diether Dehm (Die Linke)** von der Bundesregierung wissen. Ganz konkret fragte er, welche Erwägungen die Bundesregierung leiteten, „als sie entschied, den Bundesanzeiger, neben dem Bundesgesetzblatt offizielles Verkündungs- und Bekanntmachungsorgan von Bundesbehörden, im Jahr 1998 teil- und 2006 voll zu privatisieren“. Zudem wollte Dehm wissen, ob es auch für den Bundesanzeiger Pläne wie beim Bundesgesetzblatt gebe, ein „kostenfrei zugängliches Bürgerportal“ zu errichten. Staatssekretär **Christian Lange** ließ Dehm für die Bundesregierung zunächst wissen, diese Frage stelle sich gar nicht. Der Bundesanzeiger werde vom „Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz elektronisch herausgegeben. Gemäß § 6 Absatz 1 und Absatz 2 des Verkündungs- und Bekanntmachungsgesetzes ist der amtliche Teil des Bundesanzeigers für jedermann frei zugänglich und Veröffentlichungen im amtlichen Teil des Bundesanzeigers können von jedermann unentgeltlich ausgedruckt und gespeichert werden. Auch die weiteren im Bundesanzeiger bekanntgemachten Informationen können bereits jetzt von jedermann zu jeder Zeit kostenlos abgerufen und ausgedruckt werden.“

Das klingt aus staatsbürgerlicher Sicht beruhigend. Wer sich jedoch fragt, woraus sich bei dieser Ausgangslage ein wirtschaftlich tragfähiges Konzept für DuMont Schauberg ergibt, dem sei gesagt, dass die Einnahmen beim Bundesanzeiger von ganz anderer Stelle kommen: Von den Unternehmen, die dort ihre Pflichtveröffentlichungen gegen teures Geld einstellen müssen! Und das, obwohl es mit dem Unternehmensregister ein EU-weit vorgeschriebenes amtliches Register gibt, das wesentlich preiswerter ist. Aber das ist ein anderes Thema, mit dem wir uns seit Jahren beschäftigen. Zuletzt haben wir in Mittelstand darüber 2016 kritisch berichtet (vgl. Mi 20/16). Heute wollen wir uns auf die Ausgangsfrage von Dehm beschränken: Wie und warum ist es zur Privatisierung des Bundesanzeigers gekommen? Staatssekretär Lange hat da eine erstaunliche Antwort parat: Hintergrund sei gewesen, dass die Bundesregierung „in regelmäßigen Abständen“ überprüfe, „ob und inwieweit die Beteiligungen des Bundes noch erforderlich“ seien. Die **Bundeshaushaltsordnung**

(BHO) schreibe für diese Fälle in § 65 vor zu prüfen, „ob ein wichtiges Interesse des Bundes“ für die staatliche Tätigkeit noch vorliege oder „ob sich der vom Bund angestrebte Zweck besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen“ lasse. Dieses Interesse habe man damals verneint.

Was ist an der Antwort erstaunlich? Nun, der Staatssekretär zitiert die falsche Vorschrift! § 65 BHO betrifft Fälle, in denen der Bund ein neues Unternehmen gründen oder sich an einem bestehenden beteiligen will. Der Fall der Aufgabe des Staatseigentums, der Privatisierung, ist in § 63 der BHO geregelt. Man muss wohl Absicht bei der Nennung der falschen Vorschrift unterstellen, denn die Voraussetzungen der beiden Vorschriften sind ganz unterschiedlich. In § 63 BHO heißt es, Vermögensgegenstände des Bundes „dürfen nur veräußert werden, wenn sie zur Erfüllung der Aufgaben des Bundes in absehbarer Zeit nicht benötigt werden“. Das ist etwas ganz anderes! Es wäre damals daher nicht zu fragen gewesen, ob sich der Zweck der Veröffentlichung amtlicher Äußerungen besser oder wirtschaftlicher durch ein privates Unternehmen erreichen lässt, sondern es hätte gefragt werden müssen, ob der Bund den Bundesanzeigerverlag benötigt, um die Wirksamkeit seiner Gesetze zu gewährleisten.

markt intern-Justiziar Dr. **Gregor Kuntze-Kaufhold** kommentiert dieses Vorgehen so: „Die Voll-Privatisierung des Bundesanzeigers im Jahr 2006 war aus Sicht der Bundesregierung angeblich kein Problem. Das kann nur bedeuten, dass der Bund entweder kein Interesse daran hatte, die Wirksamkeit beschlossener Gesetze zu gewährleisten, oder aber glaubte, auf den Bundesanzeiger nicht angewiesen zu sein, um Gesetze zu verkünden. Das eine ist so abwegig wie das andere. Was passiert denn, wenn die Bundesanzeiger GmbH insolvent wird? Wird dann das Bundesgesetzblatt im 'Bananenblattanzeiger' veröffentlicht? Und was passiert, wenn ein zweiter Jeff Bezos die Mehrheitsanteile an der Bundesanzeiger Verlag GmbH erwirbt? Ich habe bislang noch nirgends gelesen, dass der Bund ein Vorkaufsrecht an den Anteilen des Bundesanzeigerverlages hätte. Nach der Auskunft der Bundesregierung ist das auch kein Problem, denn: Der Bund braucht den Bundesanzeiger gar nicht! Sponsored by Amazon könnte also demnächst auch unter deutschen Gesetzen stehen.“

#### Verkündungen im Bundesgesetzblatt



Seit der letzten Ausgabe wurden im Bundesgesetzblatt unter anderem das Gesetz zur Änderung des Tiergesundheitsgesetzes, des Bundesjagdgesetzes und des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, das Gesetz über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungs- und -Stabilisierungsgesetz,...

[Hier erfahren Sie mehr](#)

Nebulös bleiben auch die Begleitumstände der damaligen Privatisierung: DuMont Schauberg erwarb den zur Goldader aufgeblähten Bundesanzeigerverlag just in dem Jahr komplett, in dem die Kölner der SPD-eigenen **DDVG** 50 Prozent ihrer Anteile an der finanziell arg gebeutelten Frankfurter Rundschau (FR) abnahmen. Die DDVG wiederum war erst 2004 bei der FR eingestiegen, nachdem diese 2003 nur noch durch eine Bürgschaft des Landes Hessen gerettet werden konnte. Mit der FR haben die Kölner allerdings kein Glück gehabt. 2013 musste die Zeitung Insolvenz anmelden. Im

Zuge der Insolvenz stieg die FAZ bei der FR ein. Die veräußerte ihre Anteile 2018 wiederum an die Zeitungsholding Hessen. Die Übernahme des Bundesanzeigerverlages ist im Vergleich dazu ein Geniestreich!

## Aktuelles aus Wirtschaft und Politik – aus mittelständischer Sicht

**SPD unterstützt Pläne zur Verbesserung der Arbeitssituation der Paketboten** Mitte Januar berichteten wir über die Pläne Niedersachsens, die soziale Situation der Paketboten und die Wettbewerbssituation im Einzelhandel zu verbessern. Der Hebel dafür ist für die Landesregierung die Einführung der Nachunternehmerhaftung für Paketboten (vgl. Mi 02/19). Nachdem der Antrag gemeinsam mit Bremen am 15. März im Bundesrat eingebracht worden ist, will jetzt auch die Bundes-SPD ihrerseits davon profitieren. Am 18. März teilte Generalsekretär **Lars Klingbeil** der Presse mit, der Parteivorstand der SPD habe eine Resolution verfasst, in der es u. a. heißt: „Um die oft skandalösen Zustände bei den Paketdiensten zu beenden, müssen die Auftraggeber auch in Haftung genommen werden, wenn ihre Subunternehmer (-ketten) den Beschäftigten die Sozialversicherungsbeiträge vorenthalten. Eine solche erweiterte Nachunternehmerhaftung gibt es bereits für die Bauwirtschaft und die Fleischindustrie und hat sich dort bewährt.“ Interessant ist daran vor allem, auf wen sich der Parteivorstand in der Resolution bezieht: „**Der SPD-Parteivorstand unterstützt deshalb die Initiative des Bundesarbeitsministers Hubertus Heil, eine Nachunternehmerhaftung für die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge und des Beitrags zur Berufsgenossenschaft auch im Bereich der Paketdienste einzuführen** **Der SPD-Parteivorstand unterstützt die Gesetzesinitiative von Bundesfinanzminister Olaf Scholz zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung und die geplante Einstellung von 2.500 zusätzlichen Kontrolleuren beim Zoll** **Der SPD-Parteivorstand unterstützt die Forderung der Gewerkschaft verdi an alle Unternehmen in der Paketbranche, in die Tarifbindung einzutreten und so die Verantwortung für gute Arbeitsbedingungen zu übernehmen.**“ Die Initiative Niedersachsens wird allerdings mit keinem Wort erwähnt, obwohl Niedersachsens Innenminister **Boris Pistorius** dem SPD-Parteivorstand angehört. Auch in der Pressemitteilung der SPD findet sich dazu kein Wort. Ob **Andrea Nahles** befürchtet, Niedersachsens SPD-Ministerpräsident **Stephan Weil** könnte ihr gefährlich werden?

**Asylverfahren lähmen Verwaltungsgerichte** Gelegentlich fühlen sich Politiker bemüßigt, Probleme der Asylverfahren mit der vermeintlich zu wohlwollenden Behandlung der Thematik durch die Verwaltungsgerichte zu erklären. Derartigen Versuchen hat der Präsident des **Verwaltungsgerichts Düsseldorf**, Dr. **Andreas Heusch**, beim Jahrespressegespräch des Gerichts einen Riegel vorgeschoben. Heusch monierte im Gegenteil: „Unsere Arbeit ist oft für den Papierkorb.“ Obwohl nur rund 16 Prozent der Klagen ganz oder teilweise erfolgreich seien, würden abgelehnte

### Blindflug zum Niemandsland

Der in den letzten Jahren zunehmend reparaturanfällige Regierungs-Airbus 'Deutschland' hat endlich seine Reiseflughöhe erreicht. Im Cockpit agiert Flugkapitänin **Angela Merkel** mit ihrem Co-Piloten **Olaf Scholz** in routinierter Geschäftigkeit. Der Voice-Recorder zeichnet folgendes bemerkenswerte Gespräch für die staunende Nachwelt auf.

Angela Merkel: „Wo wollen wir eigentlich hin?“  
 Olaf Scholz: „Egal, Leute wie wir werden überall gebraucht.“  
 A.M.: „Aber ein Flugplan wär doch nicht schlecht.“  
 O.S.: „Der nimmt einem aber auch alle kreativen Freiheiten.“  
 A.M.: „Haben wir denn noch genug Treibstoff?“  
 O.S.: „Das wird schon irgendwie reichen.“  
 A.M.: „Wohin reichen?“  
 O.S.: „Na bis dort, wo wir hinwollen.“  
 A.M.: „Das ist dann wohl so'ne Art Blindflug.“  
 O.S.: „Und das mit Autopilot. Eigentlich fehlt uns der Kompass.“  
 A.M.: „Die Grünen meinen, das viele Fliegen würde das Klima belasten.“  
 O.S.: „Kann schon sein. Aber nach Washington kommst Du von uns aus schlecht mit dem Fahrrad.“  
 A.M.: „Was willstest denn in Washington?“  
 O.S.: „War nur ein Beispiel. Aber wenn wir schon auf Westkurs sind, könnten wir ja mal bei dem Trump reinschauen.“  
 A.M.: „Das fehlt mir gerade noch. Ich kann mit diesen alten Begriffen sowieso nichts mehr anfangen: Rechts, links, oben, unten, West, Ost – das sind doch alles nur noch Etiketten und Schubladen.“  
 O.S.: „Na ja, aber ein bisschen Orientierung hilft schon manchmal.“  
 A.M.: „Dafür haben wir doch extra die Satelliten-Navigation.“  
 O.S.: „Aber das Ziel musst Du schon selbst eingeben.“  
 A.M.: „Haben wir eigentlich Passagiere an Bord?“  
 O.S.: „Die üblichen Verdächtigen bei Auslandsreisen.“  
 A.M.: „Dann ist **Claudia Roth** natürlich auch dabei?“  
 O.S.: „Na klar, die denkt, es ginge wieder nach Tunesien.“  
 A.M.: „Da kann sie lange warten. Wer noch?“  
 O.S.: „Der Herr **Riexinger**“  
 A.M.: „Wer ist das noch mal?“  
 O.S.: „Der Vorturner der Linken. Der meint, wir flögen nach Nordkorea.“  
 A.M.: „No way. Wer noch?“  
 O.S.: „Der **Lindner** ließ sich auch nicht vermeiden. Der ist wie 4711 immer dabei.“  
 A.M.: „Für den kannst du schon mal einen Fallschirm rauslegen. Den können wir im Doppelpack mit **Gauland** entsorgen.“  
 O.S.: „'Entsorgen' ist politisch nicht korrekt. Abladen hört sich besser an.“  
 A.M.: „Apropos korrekt: Ist die **Nahles** auch an Bord?“  
 O.S.: „Die ließ sich nicht abweisen und hat gedroht, sonst gäbe es was auf die Fresse. Aber immer noch besser, als wenn uns der **Martin Schulz** beglücken würde.“  
 A.M.: „Da sei Gott vor. Sag mal, wo sind wir eigentlich?“  
 O.S.: „Keine Ahnung. Aber wir fliegen die ganze Zeit im Kreis.“  
 A.M.: „Dann können wir auch nichts falsch machen. Da sind wir ergebnisoffen.“  
 O.S.: „Aber irgendwo und irgendwann müssen wir runter.“  
 A.M.: „Ich sag immer: Nur Schweben ist schöner. Wieviel Kerosin haben wir denn noch?“  
 O.S.: „Nicht mehr viel. Ein Absturz wär jetzt ganz schlecht.“  
 A.M.: „Auch für die Umfragewerte. Andererseits: Eigentlich gehört uns der Flieger doch gar nicht.“  
 O.S.: „Aber mitgefangen ist mitgegangen, oder wie das heißt.“  
 A.M.: „OK, dann gehen wir jetzt runter. Wo ist der nächste Airport?“  
 O.S.: „Vor uns im Niemandsland.“  
 A.M.: „Dann haben wir ja doch ein Ziel. Sag den Leuten, die sollen sich mal besser anschnallen ...“

Der Unternehmer **Dietrich W. Thielenhaus** kommentiert aktuelle Entwicklungen in Politik und Wirtschaft. Weitere Kommentare, auch anderer Gastautoren, finden Sie hier: <https://www.markt-intern.de/themen/mittelstandspolitik/>

Asylbewerber nur selten abgeschoben. Nicht einmal in den sogenannten Dublin-Verfahren, in denen Flüchtlinge in einem anderen EU-Land registriert wurden und dorthin zurückgeschickt werden sollen, gelinge die Rückführung häufig. In Fällen von Kirchenasyl gebe es Geistliche, die sich etwa gegen eine Rücküberstellung nach Frankreich sperrten in der Annahme, dem Asylbewerber drohe dort Unheil. „Wenn wir das akzeptieren, ist es mit der EU nicht mehr weit her“, stellte Heusch fast. Sein Fazit ist eher ernüchternd: Das ganze Asylsystem funktioniere nicht – weder der Schutz der EU-Außengrenzen noch die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber in ihre Herkunfts- oder in andere EU-Länder. Dass derartige Zustände Verwaltungsrichter demotivieren können, ist die eine Seite. Mindestens so bedeutsam ist allerdings ein anderer Aspekt: Die Vielzahl der Fälle lähmt auch alle anderen Verfahren. Die Zahlen zu den

Asylverfahren des Verwaltungsgerichts Düsseldorf sind insoweit wahrlich 'beeindruckend': 2014 gab es 4.225 neue Fälle, 2015 schon 5.689, 2017 explodierte die Zahl auf 13.692, um 2017 mit 19.330 den Höhepunkt zu erreichen. 2018 nahm die Zahl der neuen Eingänge auf 7.170 ab, was aber immer noch vergleichsweise viel ist. Das führte dazu, dass Ende 2018 insgesamt 8.660 Asylverfahren anhängig waren, 60 Prozent aller anhängigen Verfahren des Gerichts. Dies verlängert nicht nur die Verfahrensdauer der Asylverfahren, sondern hat auch Einfluss auf die Dauer der Verfahren in anderen Bereichen, weil die Richter nicht ausschließlich Asylverfahren bearbeiten. Da die Richter sich die Entscheidungen in Asylverfahren aufgrund des individuellen Hintergrundes der Fälle dennoch nicht leicht machen, werde es noch Jahre dauern, die aufgelaufenen Verfahren abzuarbeiten, prognostiziert Heusch.

## Daten, Fakten, Hintergründe – kurz und bündig

**Landesverband Berlin-Brandenburg des Bundesverbands WindEnergie (BWE) fordert verstärkten Ausbau der Windenergie** Die Lausitz gehört zu den Regionen, die aufgrund der Empfehlungen der Kohlekommission zum Ende der Kohleverstromung in Deutschland mit einem erheblichen Strukturwandel zu kämpfen haben werden. Der **Landesverband Berlin-Brandenburg des BWE** will dem mit einem Ausbau der Windenergie begegnen. **Jan Hinrich Glahr**, Landesvorsitzender des BWE Berlin-Brandenburg, fordert daher: „Brandenburg muss Energieland bleiben, aber Erneuerbar!“ Konkret bedeutet dies: Der Landesverband fordert einen Ausbau der Windstrom-Kapazität von 6,9 GW der derzeit 3.791 Anlagen auf 10,5 GW bis 2030. Wie sich dies auf das Landschaftsbild auswirken wird, wollen wir uns lieber nicht so recht vorstellen, denn aktuell beträgt der durchschnittliche Rotordurchmesser der Anlagen in Brandenburg bereits 120 Meter und die durchschnittliche Nabenhöhe 135 Meter.

**Deutschland als Techniknation allenfalls noch zweitklassig** Deutsche Ingenieurskunst galt einst weltweit als führend. In manchen Bereichen mag das heute noch stimmen, in vielen Bereichen allerdings schon längst nicht mehr. Aktuell wird dies dem Durchschnittsdeutschen im Zusammenhang mit dem geplanten Netzaufbau zum 5G-Standard in der Telekommunikation deutlich. Die Auswahl der Anbieter für die Systemtechnik beschränkt sich auf chinesische oder amerikanische Unternehmen. Einen ebenso beängstigenden Beleg hat unfreiwillig die Bundespolizei geliefert. Die hat bestätigt, dass sie die Aufnahmen ihrer seit dem Jahr 2014 mit Bodycams ausgestatteten Einsatzkräfte nur auf Servern von **Amazon** speichert. Das Bundesinnenministerium hat zur Begründung dieses ungewöhnlichen Schritts darauf verwiesen, Amazon sei bisher der einzige Anbieter in Deutschland, der eine vom **Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)** zertifizierte Cloudlösung anbieten könne.

Starke Sprüche können auch schon mal die Falschen treffen, meint



Ihr

*F. Schweizer-Nürnberg*

Dr. jur. Frank Schweizer-Nürnberg

– Chefredakteur –

„Kevin, mach Dein Studium fertig, dann kannst Du Dir auch eine eigene Wohnung leisten.“

Der neue JU-Bundvorsitzende **Tilman Kuban** in Gegenwart seines Vorgängers Paul Ziemiak, der sein Studium ebenfalls nicht abgeschlossen hat, zur Aussage des Juso-Vorsitzenden Kevin Künert, die Pläne, Immobilienbesitzer zu enteignen, seien der letzte Warnschuss.

**Impressum** markt intern Mittelstand - Redaktion markt intern Verlag GmbH | Herausgeber: Olaf Weber | Leitender Redaktionsdirektor: Rechtsanwalt Lorenz Huck

markt intern Verlag GmbH, Grafenberger Allee 337a, 40235 Düsseldorf, Telefon +49 (0) 211 6698-0, Telefax +49 (0) 211 6698-222, www.markt-intern.de | Geschäftsführer: Bwt. (VWA) André Bayer, Olaf Weber | Prokuristin: Sandra Kinder, M.A. | Justiziar: Dr. Gregor Kuntze-Kaufhold | HRB 11693 | Sitz: Düsseldorf | Druck: Theodor Gruda GmbH, Breite Straße 20, 40670 Meerbusch | Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages | Anzeigen, bezahlte Beilagen sowie Provisionen werden zur Wahrung der Unabhängigkeit nicht angenommen

## markt intern

Europas größte Brancheninformationsbrief-Verlagsgruppe kämpft mit allen ihren Redaktionen für den langfristigen Erhalt und die Stärkung des deutschen Mittelstandes. - Im **markt intern** Verlag erscheinen zumeist wöchentlich:

### Steuern & Mittelstand:

- arbeitgeber intern
- GmbH intern
- Ihr Steuerberater
- immobilien intern
- Mittelstand
- steuerberater intern
- steuertip
- umsatzsteuer intern

### Gesundheit & Freizeit:

- Apotheke/Pharmazie
- Augenoptik/Optomietrie
- Hörgeräteakustik
- Parfümerie/Kosmetik
- Schuh-Fachhandel
- Spielwaren/Modellbau/Kreativ
- Sport-Fachhandel

### Technik & Lifestyle:

- Automarkt & Tankstelle
- Büro-Fachhandel
- Consumer Electronics
- Elektro-Fachhandel
- Foto-Fachhandel & -Studio
- Uhren & Schmuck

### Bauen & Wohnen:

- Eisenwaren/Werkzeuge/Garten
- Elektro-Installation
- Installation Sanitär/Heizung
- Möbel-Fachhandel

### International:

- EXCLUSIV (Schweiz)

Im **kapital-markt intern** Verlag erscheinen wöchentlich:

- Bank intern
- finanztip
- kapital-markt intern
- versicherungstip

